

GEW-Vorsitzender fordert vom Bundestag die Erweiterung des europäischen Rettungsschirms – in wessen Namen eigentlich und wodurch legitimiert?

von Wolfgang Mix

Möglicherweise wird endlich auch der DGB-Spitze der ganze Ernst der von ihr mit zu verantwortenden Situation bewusst, wenn in der vom Bundesvorstand herausgegebenen Publikation „klartext“ Nr. 05/2012 vom 10.2.2012 mit Blick auf das vermutlich nächste EU-Krisenopfer Portugal festgestellt wird:

„Dabei macht auch Portugal fleißig, was die Troika aus EU, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank dem Land vorschreiben. Kürzen, kürzen, kürzen. Den Mindestlohn, die Renten, die soziale Absicherung, den Kündigungsschutz. Damit bestreitet Portugal den gleichen Maßnahmenkatalog wie Griechenland. Sparen, um den Haushalt zu konsolidieren, funktioniert für keine Volkswirtschaft. ... Nur, wenn Wachstum generiert wird und die Einnahmen steigen, kann man Schulden abbauen.“

Wenn dann aber in „klartext“ Nr. 06/2012 vom 17.2.2012 zu Recht beklagt wird

„Die Folgen des Sparkurses in Griechenland sind dramatisch. Die Wirtschaft bricht ein. ... Die 'Reformpakete' richten sich immer mehr gegen die griechischen ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften.“,

sollten der Bundesvorstand und die Vorstände der DGB-Gewerkschaften allerdings besser nicht auf Beifall ihrer Mitglieder hoffen, sondern einen selbstkritischen Blick in den Spiegel versuchen.

Noch allzu frisch in Erinnerung ist die hysterische Debatte über „Hilfen“ für das EU-Schuldenland Griechenland und die unerwartete Positionierung der Gewerkschaftsspitzen vor einem halben Jahr: Das monatelange, von nationalistischer Rhetorik begleitete Trommelfeuer der Mainstream-Medien und die in den Grundzügen einheitliche Positionierung des Parteienblocks CDU/CSU-FDP-SPD-GRÜNE ließen im Sommer 2011 seitens der etablierten deutschen Politik schon kaum noch Überraschendes im weiteren Umgang mit der Schulden-, Euro- und EU-Krise erwarten. Von Unternehmerverbänden und Großbanken längst vorgegeben war die generelle aggressiv-unsoziale Linie, „Hilfskredite“ für Griechenland und andere „EU-Schuldnerländer“ mit brutalen Lohn- und Sozialkürzungen, Massenentlassungen, der Zerschlagung von Tarifstrukturen sowie der Privatisierung von Staats- und Gemeineigentum zu verbinden – „Hilfen“, welche Grie-

chenland und andere betroffene Länder nur noch weiter in die Krise ziehen. Gestritten wurde in der offiziellen Politik nur um Details. Eigentlich erforderliche wie überfällige Schritte, etwa für einen nachhaltigen Aufbau der griechischen Wirtschaft (Stichwort: neuer Marshallplan) und mit dem Ziel, die Staatsfinanzen der EU-Länder insgesamt vom Diktat der Finanzmärkte zu befreien und das Geschäft mit der Staatsverschuldung zu beenden (Stichworte: Banken-Regulierung bis hin zur Verstaatlichung sowie demokratische Kontrolle der Banken [„Schließung des Casinos“]), wurden nur von der Partei DIE LINKE und innerhalb von Gewerkschaften diskutiert und gefordert.



©Foto: Gerd Altmann/shapes: Frederic Moser/Anonymous/www.pixelio.de

Umso mehr rieben sich viele verwundert und empört die Augen über die in diversen Tageszeitungen Ende September 2011 geschaltete DGB-Anzeige „Ja zu Europa! Ja zum Euro!“ (auf den DGB-Seiten mit etwas Mühe unter „Themen“ zu finden und nachzulesen unter <http://www.dgb.de/themen/++co++73e8c04c-e853-11e0-7a8e-00188b4dc422>). Ausgerechnet DGB-Vorsitzender Michael Sommer sowie die Vorsitzenden der acht Mitgliedsgewerkschaften des DGB einschließlich der GEW riefen mit dieser Anzeige die Bundestagsabgeordneten auf, der am 29.9.2011 zu beschließenden Vergrößerung des „Rettungsschirms“ EFSF auf 440 Mrd. Euro zuzustimmen – trotz der damit verbundenen krisenvertiefenden Kürzungsprogramme und sozialen Einschnitte.

Was war geschehen? Zunächst einmal: Nichts, was in der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht schon oft der Fall war – das einheitliche Auftreten der DGB-Spitze mit der die Grundzüge der Politik bestimmenden Großen Koalition aus Unternehmerverbänden, Banken und dem o. g. Parteienblock.

Dennoch ist der Widerspruch zwischen erhobenem Anspruch und persönlichem Tun hier für so manches Gewerkschaftsmitglied besonders krass und besorgniserregend: Je-

der – auch die Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften – wusste, dass der Bundestag am 29.9.2011 nichts beschließen sollte, was mit Solidarität für die Menschen etwa in Griechenland und echter Hilfe für EU-Schuldnerländer zu tun hatte. Selbstverständlich war den Gewerkschaftsvorsitzenden bekannt, dass der EFSF ein Werkzeug zur Durchsetzung unsozialer und die Krise nur noch vertiefender Lohn- und Sozialkürzungen ist.

Was also mag Gewerkschaftsvorsitzende zu ihrer Unterschrift unter diesen Aufruf gebracht haben? Wird etwa das Prinzip des "Demokratischen Zentralismus" insgeheim im DGB praktiziert? Schwer zu glauben. Ist es die persönliche Überzeugung der Vorsitzenden? Wohl auch eher nicht – zu deutlich positionieren sie sich bei passender Gelegenheit. Beispiel: Frank Bsirske. Der ver.di-Vorsitzende lässt bekanntermaßen kaum eine Gelegenheit aus, seine Überzeugungen als Gewerkschafter öffentlichkeitswirksam kund zu tun. Zuletzt auf dem ver.di-Bundeskongress vom 17.-24.9.2011, auf dem von den Delegierten der bemerkenswerte Beschluss "Gegen die Sparauflagen im Euro-Rettungsschirm" gefasst wurde (nachlesbar unter <http://berlin.verdi.de/positionen/ak-europa/ver-di-gegen-die-sparauflagen-im-euro-rettungsschirm>). Was aber ist dieser gute Beschluss nach der wenige Tage später geleisteten Unterschrift des Vorsitzenden Bsirske unter den z.T. diametralen DGB-Appell noch wert, was ein Gewerkschaftsvorsitzender, der eben gefasste Beschlüsse seiner Gewerkschaft selbtherrlich ignoriert? Das Rumoren in der ver.di-Mitgliedschaft über so viel Charakterschwäche ist nachvollziehbar.

Der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne ist da nur auf den ersten Blick in einer komfortablen Situation. Zumindest gibt es eine vergleichbar eindeutige Beschlusslage mit starkem Bindungszwang in der GEW derzeit nicht. Auf dem letzten GEW-Gewerkschaftstag im April 2009 wurde ein Beschluss zum Thema „Für ein soziales Europa“ gefasst (DS 99, zu finden unter http://www.gew-gewerkschaftstag.de/Gewerkschaftstag_2009_2.html). Das Thema „Euro-Rettungsschirm“ mit seinen heutigen Implikationen gab es im April 2009 noch nicht – dennoch: Auch mit dem Inhalt des Beschlusses vom April 2009 ist die von U. Thöne im September 2011 geleistete Unterschrift unter den DGB-Appell inkompatibel.

Einige fast zeitgleich mit dem EFSF-Beschluss des Bundestages vom 29.9.2011 sowie später bekannt gewordene Statements des Vorsitzenden Thöne machen die entstandene Situation noch schlimmer – zwischen ihnen und dem DGB-Aufruf liegen Welten. Man wird es mindestens scheinheilig nennen dürfen, wenn der GEW-Vorsitzende einerseits in seinem "Plädoyer für eine nachhaltige Krisenbewältigung" (E&W Nr. 10/2011) feststellt

„So hat z. B. die griechische Regierung – den Forderungen der europäischen Kommission folgend – die Löhne gekürzt und die Arbeitszeit der Arbeitnehmer verlängert. Das Ergebnis war vorherzusehen: eine Verschärfung der Krise.“

während er andererseits die von ihm unterschriebene Forderung nach Zustimmung zur EFSF-Erweiterung völlig ausblendet, welche erst zu den von ihm beklagten Folgen führt bzw. diese weiter verschärft.

Auch beim Lesen der von U. Thöne kommentierten „Vier Vorschläge des DGB“ zum Umgang mit der Schulden-, Euro- und EU-Krise (E&W Nr. 01/2012) meint man zunächst – die DGB-Anzeige noch vor Augen – im falschen Film zu sitzen. Die „vier Vorschläge“ des DGB sind im Kern nichts Neues, aber vernünftig und kaum zu beanstanden. Alles wäre in Ordnung, gäbe es da nicht fast zeitgleich die Unterschrift von U. Thöne unter den verheerenden DGB-Aufruf an die Bundestagsabgeordneten mit gegenteiliger Wirkrichtung.

Wer als Gewerkschaftsfunktionär die EFSF-Erweiterung verlangt, hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Noch vor dem Glaubwürdigkeitsproblem gibt es allerdings das Legitimationsproblem. Da es vorab der Unterschrift U. Thönes unter den DGB-Appell innerhalb der GEW keine transparente Verständigung zu dem Thema gab, ist zu fragen, in wessen Namen und mit welcher Legimation U. Thöne gehandelt hat. Weder auf Grundlage der Beschlüsse des Gewerkschaftstages von 2009 noch der GEW-Satzung lässt sich dieses Handeln legitimieren. Eine öffentliche Erklärung des GEW-Vorsitzenden zu diesem Vorgang sollte erwartet werden können.

